

AGMV-Geschäftsstelle des DWBO • PF 33 20 14 • 14180 Berlin

An die
Mitarbeitervertretungen der Mitgliedseinrich-
tungen im DWBO

An die
AGMV-Newsletter-Abonnentinnen
und -Abonnenten

AGMV

**Newsletter-
06/2021**

**Arbeitsgemeinschaft der Mit-
arbeitervertretungen**

Geschäftsstelle:
Jeanette Klebsch
Paulsenstr. 55/56
12163 Berlin

Tel. 030 820 97-192
Fax 030 820 97-193
agmv@dwbo.de
www.agmv-dwbo.de

Berlin, 25. September 2021

AGMV-Newsletter 06/2021 – Weiterleitung – Pressemitteilung

Liebe Mitarbeitervertreter*innen,
liebe Mitarbeiter*innen der Mitgliedseinrichtungen im DWBO,
liebe Leser*innen,

mit unserem AGMV-Newsletter möchten wir gerne auf die
– Pressemitteilung: „Ungerechte Hauptstadtzulage schnellstmöglich umbauen!“ aufmerksam
machen.

Vertreter*innen von über 28 000 Berliner Diakoniemitarbeitenden fordern faire Behandlung
durch künftigen Senat.

Die Pressemitteilung finden Sie nachstehend!

Mit den besten Wünschen für eine gesunde Zeit,

gez. Jeanette Klebsch

V.i.S.d.P.: Kerstin Myrus, Markus Strobl, Ralf Zimmermann,
• AGMV-Vorstand •

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz • Postfach 332014 • 14180 Berlin
Tel. (030) 82097 192 • Fax (030) 82097 193 • eMail AGMV@dwbo.de •
Website: www.agmv-dwbo.de

AGMV-Newsletter 06/2021; Seite 1 von 4

Offener Brief–

Offener Brief an die Teilnehmenden von Sondierungen und Koalitionsverhandlungen im Land Berlin:

„Ungerechte Hauptstadtzulage schnellstmöglich umbauen!“

Vertreter*innen von über 28 000 Berliner Diakoniemitarbeitenden fordern faire Behandlung durch künftigen Senat

Sehr geehrte Frau Giffey, sehr geehrte Frau Jarrasch, sehr geehrter Herr Wegener, sehr geehrter Herr Lederer, sehr geehrter Herr Czaja,

als Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMV-Vorstand) im Diakonischen Werk Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz (DWBO) und somit als Vertreter*innen von über 28 000 Mitarbeitenden in den Berliner Mitgliedseinrichtungen des DWBO fordern wir Sie hiermit auf, in den laufenden Sondierungs- und anstehenden Koalitionsverhandlungen mit dafür zu sorgen, dass die Hauptstadtzulage schnellstmöglich gerecht umgestaltet wird.

Eine übertarifliche Hauptstadtzulage im Wert von 150,-€/Monat kommt den Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes und nachgeordneter Eigenbetriebe seit November 2020 zu.

Mitarbeitende der Diakonie, die im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips wichtige Dienstleistungen für die Berliner Bevölkerung erbringen und die Stadt „mit am Laufen“ halten“, bekommen: nichts.

Das dies unfair und ungerecht ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Zur Erinnerung: Sie selbst haben – alle! - diese Position vertreten – im Wahlkampf auf einer von Sascha Hingst moderierten Podiumsveranstaltung der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Sie finden Ihre eigenen Positionierungen dazu hier, zum Thema ab ca. Minute 54:

<https://www.youtube.com/watch?v=8Lz9XldAgFA&t=1337s>

V.i.S.d.P.: Kerstin Myrus, Markus Strobl, Ralf Zimmermann,

• AGMV-Vorstand •

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz • Postfach 332014 • 14180 Berlin

Tel. (030) 82097 192 • Fax (030) 82097 193 • eMail AGMV@dwbo.de •

Website: www.agmv-dwbo.de

Daher fordern wir, - dass die Mitarbeitenden der Diakonie politisch mit bedacht werden und auch ihnen die Hauptstadtzulage gezahlt wird!

Die beim vorstehend verlinkten Podium geäußerte Meinung, dass die Zulage „2025 auslaufen solle“ ist für uns und die von uns vertretenen Mitarbeitenden der Diakonie absolut unakzeptabel. Weil: das hieße nichts anderes, als die jetzt geltende ungerechte Zulage für weitere 4 Jahre ebenso ungerecht weiter gelten soll.

Diejenigen von Ihnen, die schlussendlich eine Regierung bilden werden, haben die Aufgabe, eine Regierung für die gesamte Stadt Berlin zu bilden und zu sein, nicht nur für den öffentlichen Dienst. Werden Sie dieser Aufgabe gerecht!

Wir werden die Mitarbeitervertretungen auf einem Plenum am 26.10. und über diese dann auch die Mitarbeitenden informieren, wie Sie sich zu diesem Thema verhalten.

Daher erwarten wir Ihre Rückmeldungen dazu bis spätestens 25.10, 14.00 Uhr. Bis zu diesem Zeitpunkt eingetroffene Antworten werden dem Plenum mitgeteilt.

Wer von Ihnen bis dahin bereits in Koalitionsverhandlungen ist, sollte dazu mitteilen, wie ihrer oder seiner Meinung nach das Thema im Koalitionsvertrag geklärt werden sollte.

In Abhängigkeit von Ihren Reaktionen werden wir entscheiden, ob es nötig ist, die Mitarbeitenden selbst zu mobilisieren. Wir fänden es bedauerlich, sollte das nötig sein, zumal Sie doch im Grunde alle unserer Meinung sind. Den jetzigen Zustand werden wir aber nicht länger hinnehmen.

Der noch geschäftsführende Senat hatte auf einen Brief unsererseits vor längerer Zeit – trotz Erinnerung! – überhaupt nicht reagiert. Mit so wenig Wertschätzung werden wir mit uns, stellvertretend für die Mitarbeitenden der Diakonie, nicht weiter umgehen lassen.

Wertschätzung bedeutet hier: keine warmen Worte, sondern konkrete Entscheidungen!

Ihren Antworten sehen wir mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Gezeichnet:

Kerstin Myrus

Markus Strobl

Ralf Zimmermann

Mitglieder der Sprecherguppe

Hintergrundinfos:

In den über 400 rechtlich selbständigen Mitgliedseinrichtungen des Diakonischen Werkes Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz arbeiten ca. 52 000 Mitarbeitende im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge in der Region Berlin Brandenburg schlesische Oberlausitz, von denen allein in Berlin über 28000 Mitarbeitende in den DWBO-Mitgliedseinrichtungen beschäftigt sind. Beispielhaft für die Vielfalt der Arbeitsfelder, in denen in den DWBO-Mitgliedseinrichtungen Mitarbeitende tätig sind, seien hier genannt: Altenpflegeheime und ambulante Pflegedienste (Diakoniestationen), Krankenhäuser und Einrichtungen der Eingliederungshilfe (Behindertenhilfe), Beratungsstellen und Schulen, sowie Kitas und Einrichtungen der Jugendhilfe. Die AGMV vernetzt und bildet die Mitarbeitervertreter*innen fort und vertritt politisch die Interessen der Mitarbeitenden.

Für das DWBO und seine Mitgliedseinrichtungen werden die Gehälter in einer paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommission verhandelt und stetig fortentwickelt. Die tarifliche Grundlage AVR.DWBO ist transparent, auch online einsehbar: [avr-dwbo_word-version_stand_2021-06-04_bearbeitungsstand_2021-08-26.pdf](https://diakonie-portal.de/avr-dwbo-word-version-stand-2021-06-04-bearbeitungsstand-2021-08-26.pdf) (diakonie-portal.de)

Mit einer – für die Mitgliedseinrichtungen des DWBO als freie Träger nicht refinanzierten – Hauptstadtzulage hat der Berliner Senat jedoch dem öffentlichen Dienst und den Eigenbetrieben bezüglich Mitarbeitenden Gewinnung und – Bindung einen ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteil verschafft.

Hinweis: Dieser Brief wird auch als PM veröffentlicht, als AGMV-Newsletter versandt und auf unserer Website eingestellt.